

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspöhereien und Glasereien, für Gipser, Buger, Stuckateure, Alpkaltreuer, Florierer, Fliesenleger, Diensteiger, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauwerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnpaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreipaltene Kleinzeile 3 M.,
Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 S.

Die Weihnachtsbotschaft.

Aus grauer Vergangenheit klingt eine liebliche Legende an unser Ohr: Im Stalle zu Bethlehem lag ein soeben geborenes Kindlein in der Krippe. Die Hirten vom Felde eilten herbei zu seiner Verehrung, Engelsgesang hatte sie von der Hürde in den Stall der Geburt des Welterslösers geschwehrt, um das Fleisch gewordene Wunder zu bestaunen und zu singen beim Sternenschein mit den Cherubinen den Jubelchor: Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden, allen Menschen ein Wohlgefallen... — Das ist eine Geschichte, schöner als die Märchen von Zwergen und Kobolden, von Hexen und Prinzen, von verwunschenen Schöpfern und Königstöchtern. Oern hören sie die Erwachsenen, begeistert die Kinder. Sie weinen um das Schicksal des Jesukindes und jubeln zum Lobgesang der Engel. — Das Weihnachtsmärchen ist alt. Aber noch nicht so alt, um nicht auch heute noch die Herzen zu erwärmen. Wenigstens derer, die noch ein Dach überm Kopf haben, notdürftig gegen des Lebens Unbill geschützt sind und die noch nicht jeden Glauben an ein späteres Besserergerben verloren haben. Friede auf Erden! Wohlgefallen allen Menschen! Zwei Sätze, die das Heil der Menschheit in sich bergen. Die Weihnachtsbotschaft für alle Mühseligen und Beladenen, für alle Stiefkinder dieser Welt, die noch heute wie damals in grauer Vorzeit die Herzen aller redlichen Menschen entzündet. Und doch ist diese „frohe Botschaft“ nur ein hohles Wortspiel geblieben. Christus predigte den Frieden und das Wohlgefallen aller Menschen. Begeistert lauschten die vom Schicksal Verstoßenen seinen Worten, als er den Reichtum verpönte, alle Menschen als Brüder und Schwestern bezeichnete, die fein und lieblich in steter Eintracht beieinander wohnen sollten. Diese Lehre erschien auch damals schon den Mächtigen, Reichen und Kriegsinteressenten als eine Lodsünde wider ihr Herrschertum gegenüber den Armen und Unterdrückten. Deshalb wurde Christus als Hochverräter ans Kreuz geschlagen. Und auch die Weiterverkünder seiner Lehre erreichte der vernichtende Zorn der Herrschenden. — So blieb das menschliche Unrecht an der Herrschaft bis zum heutigen Tage. Wohl erhoben die Herrschenden die Lehre Christi zur allgemeinen Staatsreligion, sie handelten aber nicht danach. Es blieb bei Krieg und Raub, bei Unterdrückung und Ausbeutung. Und manchmal wird am Weihnachtsabend dieses Jahres das große Miterlebnis des verflochtenen Weltkrieges vor Augen stehen, als er den Weihnachtsabend beging auf Handgranatenklaffen zwischen unermesslichen Leichenfeldern. Als er dort lag in der Menschheit ganzem Jammer und mit seinen Kameraden sang: Friede auf Erden. Die Wirklichkeit aber zeigte ihm eine höhnische, in Blut und Kot getauchte Frage... — So stoßen sich wie in alten Zeiten auch heute noch im harten Raume Traum und Wirklichkeit. Friede auf Erden! Vor und seit Christus durchzittern blutige Kriege den Erdball. Der Massenmord feierte ungeahnte Triumphe. Und der erfolgreichste Massenmörder wird als Held, als großer Volksheld gefeiert. Er wird mit Ehren und Gold überhäuft und nach seinem Tode kündigt sein granitnes

Standbild der Nachwelt sein blutiges Wirken. Der größte Widerspruch aber liegt in der heutigen Welt darin, daß sich all diese Kriegsschreier „Christen“ nennen und damit das Andenken der hehren Gestalt des den Märtyrertod erleidenden Menschheitserslösers schänden, jenes Gottmenschen, der da lehrte: Wer das Schwert zücht, der soll durchs Schwert unkommen... — Und dann das „Wohlgefallen aller Menschen“. Noch immer herrschen Ausbeutung und Sklaventum in unverminderterem Umfange. Satt sind die Reichen, sie schwebeln in Wohlleben, während viele Arme gleich Christus nicht wissen, wohin sie ihr Haupt betten sollen. O du „göttliche“ Weltordnung, die du gepriesen wirst von allen deinen Zuhörern, während das Elend grinsend hinter verfallenden Stiegen hoch, die graue Not von Hüfte zu Hüfte schleicht und den Armen und Hungernden den Haß einbläut gegen eine „Weltordnung“, die Mauthrifen die „göttliche“ zu nennen sich erlauben! Hunderttausende, Millionen Menschen hocken um die „selige fröhliche Weihnachtszeit“ frierend und hungernd in düsterer Hölle und denken nach über das „Wohlgefallen aller Menschen“. Die furchtbare Arbeitslosigkeit raubt ihnen jeden Rest von Lebensfreude und Lebensgenuss, in ungewisser Qual harren sie der ungewissen Zukunft entgegen... — Doch Kopf hoch, Ihr, die Ihr der Verzweiflung nahe seid und Euer Leben vermisscht! Die Bruderliebe ist nicht tot. Arme Proletarier sorgen dafür, daß ihren noch armeren Schicksalsgenossen zur Weihnachtszeit ein Körnchen von Freude und Hoffnung aufgeht, proletarische

Die Lehre von Bethlehem.

Einft ward auf ewig Frieden der Menschheit verkündet,
Liebe und Wohlgefallen, Freiheit, Gleichheit und Glück,
Allen Menschen auf Erden, in Eintracht und Treue verbündet,
Sollte immerdar lächeln ein götterfühnes Gesicht;
Dies war die fröhliche Botschaft, das Heil, das der göttliche Heiland
Bringen wollte den Armen, die, keuchend in drückender Last,
Fiebernd lethgen nach Rettung, dem mächtigenwobenen Eiland,
Das gleich der Fata Morgana ladet zu färblicher Rast.

Herrlich die Lehre! Doch bald war im Nebel zerfloßen
Jenes erhabene Ziel, das einstens die Weihenacht schuf;
Grausam wurde das Blut des Friedensverkünders vergossen,
Schmähdlich wurde zertreten sein Menschheitsveröhnungsberuf;
Er, dem der Reichtum, die Macht, dem das Herrertum grollte,
Leitete das Los des Rebellen. Eine Lehre, die scharf
Jediglich Reichthum verwarf, die Frieden und Freiheit wollte,
War Frevol. Für Menschlichkeit hatte noch nie das Unrecht Bedarf...

So triumphierte das Unrecht. Die Lehre? Soll Eintracht gedeihen,
Wollt Ihr den Reichtum vernichten, enden die knechtische Pein,
Dann kann nur kühnliche Tat die Menschheit befreien —
Und nicht einer allein, alle vereint müßt Ihr sein!
Seid Messias, seid Heiland, Ihr alle, Millionen!
Folgt jenem herrlichen Vorbild, kämpft um die Freiheit mit Macht!
Dann wird der vollkommenste Sieg einft Euer Mühen belohnen
Und Eintracht wird wohnen und Friede auf Erden bei Tag und bei
Nacht. [Nacht!]

Bruderliebe hat mit ihren schwachen Kräften versucht, wenigstens zum Weihnachtsfeste größtes Elend zu dämpfen. Die proletarische Bruderliebe ist nicht tot, sie erweist sich täglich aufs neue. Nicht zuletzt in unsern Gewerkschaften. Und über allem leuchtet der Stern des Sozialismus, jener Lehre, die gleich der Lehre Christi Frieden auf Erden will und allen Menschen ein Wohlgefallen. Christus wurde von den Mächtigen seiner Zeit gefaßt, und in der dann folgenden Zeit verstand man es prächtig, im „Namen Gottes und Christi“ das Unrecht zu stabilisieren bis in die neueste Zeit. Doch nun ist der Stern des Sozialismus aufgegangen. Die sozialistische Lehre strebt an, zu verwirklichen das, wofür Christus gelebt und gelitten. Und Millionen haben sich um das rotglühende Banner der Menschenliebe geschart, sie werden es zum Siege führen im Interesse wahrer Menschlichkeit und höherer Kultur. Und dann wird auch sein Frieden und Wohlgefallen auf Erden! — Darum klagt nicht. Sei uns allen das Weihnachtsfest mehr als überkommener Brauch, es sei uns ein Erlebnis, das die Denketten schmilzt und allen Schwingen verleiht zum Höhenflug. Und an einem solchen Tage erschalle von allen Lippen das Gebötnis, auszuharren im Streik für Recht und Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit, bis erfüllt ist die frohe Botschaft vom ewigen Völkerrfrieden und vom Wohlergehen des gesamten Menschengeschlechts! Und Ihr, Männer vom Bauwerksbund, reißt Euch ein der großen Befreiungsarmee der Menschheit!

Die Baugewerksbunds-Idee.

Die in Nr. 50 des „Grundstein“ geschilderten Ver- einigungsbestrebungen der keramischen Gewerkschaftsgruppen haben einen Verlauf genommen, der für das Programm des Baugewerksbundes von tiefenschnitender Bedeutung ist. Im § 1 unserer Bundesfassung ist programmatisch fest- gelegt, der Deutsche Baugewerksbund sei die gewerkschaft- liche Organisation für alle in der Bauindustrie und der Industrie der Steine und Erden beschäftigten Arbeiter. Dahinter ist zwar noch ein Nachsatz enthalten, der jedoch für uns bisher in der Praxis belanglos war. Demnach soll der Baugewerksbund nicht nur alle unmittelbar am Bau Beschäftigten umfassen, sondern auch alle in der Baustoff- industrie für den Bau Beschäftigten. Außerdem soll angestrebt werden die Zuführung aller in der Industrie der Steine und Erden Beschäftigten zum Baugewerksbunde, weil es nicht gewerkschaftlich angebracht und denkbar er- scheint, aus der Industrie der Steine und Erden nur jene Gruppen für den Baugewerksbund herauszugreifen, die ausschließlich in der Baustoffherzeugung beschäftigt sind.

Diese Programmfassung ging davon aus, nicht nur eine große, mächtige Industrieorganisation zu schaffen, son- dern, sie wurde besonders gestützt durch die nach dem Kriege vom Bauarbeiterverband ins Leben gerufene und seitdem von ihm und dem Baugewerksbund beschränkte Bau- kassenbewegung. Diese Bewegung hat den Zweck, die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswezens an- zustreben. Obwohl sie auch in Arbeiterkreisen noch vielfach die ihr gebührende Würdigung nicht erfährt und vom Inter- esse der Bau- und Bauunternehmer auf jede Weise bekämpft und herabgezogen wird, schreitet die Baukassen- bewegung munter vorwärts. Im letzten Sommer waren bereits über 30 000 Arbeiter und Angestellte in unseren ge- meinnützigen Baukassen beschäftigt. Der Verlauf der großen Baukassenbewegung in diesem Jahre läßt aber immer mehr erkennen, daß die Bestrebungen der organisierten Bau- unternehmer auch darauf hinauslaufen, bei großen Arbeits- kassen die weiterarbeitenden sozialen Baukassen lahm- zulegen durch Verträge mit den Baukassenleiterinnen, wonach bewilligungsbereiten Baukassen die Baustoffe vor- zuzugewähren sind. Deshalb ist es mit den sozialen Baukassen allein nicht getan. Vielmehr muß danach ge- strebt werden, auch die Baustoffherzeugung auf breiter Grundelage zu sozialisieren und damit die Baukassen un- abhängig zu machen von den Baustoff-Privatbetrieben. Ein Ziel, das zu erreichen schwer ist, das wir aber nie aus dem Auge verlieren dürfen, um die Sozialisierung des Bau- gewerbes erfolgreich zu fördern. Diese Anbahnung wurde mit den Baukassen zugleich geboren. Deshalb sagen sich deren Begründer, man dürfe sich nicht allein damit be- gnügen, die am Bau direkt Beschäftigten organisatorisch zu- sammenzufassen, sondern auch die Arbeiter in den Baustoff- erzeugenden Industrien. Alle diese Arbeitergruppen sollte das einigende Band einer Organisation umschlingen, alle sollten durch diese Organisation die soziale Baukassen- bewegung stärken und fördern.

Der Baugewerksbund wurde gegründet. Er konnte und kann zunächst nur, als Organisationsgebilde betrachtet, etwas Unfertiges darstellen. Die gesunde Idee stieß

an vielen Orten auf Widerstand. Gewiß, man machte ihr das schuldige Honneur, zeigte ihr aber dennoch die kalte Schulter. Einige Gewerkschaften gogen sogar dagegen scharf zu Felde; handelte es sich dabei um Bauarbeiter- gewerkschaften oder um mit den Bauarbeitern verwandte Fachorganisationen, so glaubte man bei einer derartigen Fusion das bisherige fouveräne Selbstbestimmungsrecht be- droht, oder aber, falls die Verwirklichung der Idee die Interessenphäre sonst „berufsständischer“ Gewerkschaften be- rührte, deren Wohlstand an Mitgliedern gefährdet. Das ist bei Männern, die ihrer Organisation ihr Bestes gegeben, sie mit Mühen und Schweiß aufgebaut haben, menschlich zu verstehen. Ideen bedürfen eben, auch wenn sie theoretisch auf noch so festen Füßen stehen, zu ihrer vollen Auswirkung Zeit. Sie stoßen zunächst auf Widerstände. So ergab es auch der Baugewerksbunds-Idee. Gewiß, vom Standpunkte gewerkschaftlicher Taktik, sozialen Strebens und der Ar- beiter-solidarität aus können ihr gewichtige Gründe nicht entgegengesetzt werden. Unzweifelhaft wäre ein Bau- gewerksbund in dem vorgeesehenen Umfang ein mächtiges gewerkschaftliches Gebilde auf der Grundlage weitester Solidarität, ein Bund von Arbeitergruppen mit gleichen gewerkschaftlichen Zielen, ein starkes Band zur Stärkung und Förderung der allen Gruppen gemeinsamen Bau- hüttenidee. Aber das ist etwas Neues, es rüttelt an der allhergebrachten Lieberlieferung. Deshalb die Widerstände gegen die Idee.

Einige kleine Gewerkschaften schlossen sich dem Bau- gewerksbund an. Dann stochte der Zugang aus den schon angeführten Gründen. In diesem Jahre aber sollte die Baugewerksbunds-Idee einen neuen, mächtigen Antrieb er- halten: Die Glasarbeiter beschloßen durch Urabstimmung mit großer Mehrheit den Beitritt zum Baugewerksbund. Der Beschluß war, vom Standpunkte des Baugewerksbundes und der weitestgehenden Bauhüttenidee aus gesehen, gut und folgerichtig. Es geschah dann aber nicht, was im Gewerkschaftsbereich sonst als üblich angesehen wurde: man betrachtete die Angelegenheit nicht als eine solche der daran Beteiligten, man trat vor allem aus der Zwangserfere- danna heraus, als der Vorstand des Baugewerksbundes aus Gründen der gewerkschaftlichen Disziplin, der be- sonderen Haltung des Porzellanarbeiterverbandes und des bevorstehenden Breslauer Gewerkschaftskongresses den Glas- arbeiter nicht, mit dem Liebertritt so lange zu warten, bis der Gewerkschaftskongreß gesprochen habe. In „prominenten“ Gewerkschaftskreisen, die bei andern Ge- legenheiten „das letzte und entscheidende Wort“ der Mit- glieder als höchstes Gesetz erklärt haben, regte sich nunmehr offener und verletzter Widerpruch, es lechte ein „diplo- matisch“ sächst verhällter Kampf gegen die Abstimmung und Anschlussbewegung der Glasarbeiter ein. Singu kam das schon erwähnte Streben der Porzellanarbeiter auf Schaffung eines selbständigen Keramarbeiterverbandes. Ihnen wurde von Kennern der Beschäftigten mit Recht ent- gegengehalten, ein solches Gebilde emargale der durch- schlagenden Widerstandsfront gegenüber dem in der Glas- und Porzellanindustrie stark isolierten Großunternehmertum. Auf dem Verbandstage der Porzellanarbeiter wurde dies auch erkannt; es trat dort eine unerbörsene Zu- neigung zum Baugewerksbund zugute. Der Vorstand des

Porzellanarbeiterverbandes beharrte trotzdem auf Schaffung einer selbständigen Keramarbeiterorganisation; an den späteren Verhandlungen wurde auch der Vorstand des ADGB beteiligt; die Verhandlungen nahmen schließlich den bereits im „Grundstein“ geschilderten Verlauf. Den Ausschlag dafür, daß es so kam, hat vor allem wohl Ge- nosse Leipzig, der Vorsitzende des ADGB, gegeben. Auch er suchte für eine Konzentration der gewerkschaft- lichen Kräfte zu wirken, er sagte dabei da an, wo er den schwächsten Widerstand empfand — denn der Fabrikarbeiter- verband verharrte stark dabei, die Arbeiter der Grob- keramik nicht herauszugeben —, und so gelang es ihm, bei den Vertretern der Porzellanarbeiter Stimmung für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband zu machen, wobei er allerdings den weitestgehenden Zielen des Baugewerks- bundes einen starken Stoß versetzte. Und Genosse Graß- mann vom ADGB, spannte den von Leipzig begonnenen Faden weiter.

Wie ist nun die Sachlage? Die Vertreter der Glas- arbeiter haben „mit Befremden“ eine Entschliebung auf Anschluß an den Fabrikarbeiterverband angenommen, die Vertreter der Porzellanarbeiter „ohne Begeisterung“. Be- zeugt, liebe Freunde, aber ist das der richtige Geist, wenn man der Verwirklichung besserer Ideen nachstreift? Das „Befremden“ der Glasarbeiter verstehen wir vollauf. Aber es ist kein guter Kustat für ein künftiges gemeinsames Streben. Jedoch Begeisterung muß bei einer Sache sein! Und mit Verlaul, das, was die Porzellanarbeiter jetzt durch Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband erstreben wollen, wäre ihnen heute im Baugewerksbunde bereits durch dessen Satzung und Beschlüsse gewährleistet. Außerdem: Die Topfer sind im Baugewerksbunde, die Glasarbeiter wollten zu ihm durch Urabstimmungsent- scheid, eine große keramische Gruppe von 100 000 Mann mit weitgehendem Selbstbestimmungsrecht konnte im Bau- gewerksbunde als Anfang eingerichtet werden, wenn die Vertretung des Porzellanarbeiterverbandes das wollte. Sie wollte nicht. Sie will jetzt zum Fabrikarbeiter- verband. Sie mag dafür gewichtige Gründe haben, leider haben wir sie bisher noch nicht erfahren können. Da bleibt den Glasarbeitern nur der gleiche Entschluß übrig, falls man wirklich und im Ernst eine große keramische Gruppe unter den Fittichen eines großen Verbandes errichten will . . .

Wir kommen nun zu den Auswirkungen, die diese Beschlüsse bei ihrer Verwirklichung für den Bau- gewerksbund haben werden. Wir gestehen ohne Um- schweife: Wir hätten es gern gesehen, wenn aus Gründen gewerkschaftlicher Taktik und Kräftigung, aus Gründen der Bauhüttenidee eine keramische Gruppe im Baugewerksbund errichtet worden wäre. Die Stoßkraft der vereinigten Gegner bei Gewerkschaftskämpfen hätte unter diesen Um- ständen nie den ganzen Bund treffen können; daß bei einer solchen Vereinigung die Keramarbeiter in den Bau- arbeiter und diese in den Keramarbeiter bei großen Kämpfen eine gute Stütze hätten, dürfte einleuchtend sein. Auf der andern Seite bestände der Baugewerksbund dann nicht nur aus Saisonarbeitern; dieser vor allem bei harten Wintern oder schlechter Baukonjunktur unerschöpfende Zustand wäre abgemindert worden, was wiederum als

Dem Sterne entgegen!

Seit Jahrhunderten predigt man am Weihnachtstage von dem Frieden, der da auf Erden einmahl werden soll. In Wirklichkeit brachte jedes neue Jahrhundert nur Blut, Saß und Not, und niemals geschah in der Geschichte ein großer Versuch der Gesellschaft; Predigt und Leben mi- einander in Einklang zu bringen. Wohl regte sich immer wieder Weihnachtsegeit. Da unten. Da wo die Not brüht. Da zeigte sich immer wieder ein Streben nach anderer Da- seinsform. Aber die Gewalt triumphierte. Die Faust der wirtschaftlichen Macht preßte sich immer wieder auf den sich redenden Laden. Menschen darben und litten weiter, aber wenn der Tag gekommen, dann predigte man dennoch von Liebe und Frieden.

So auch heute. Weiße Massen sind heute erfüllt von einem großen weihnachtlichen Sehnen nach Liebe und Frieden im Menschengebiet. Sie wollen statt der wirt- schaftlichen Brutalität das Recht, statt des wirtschaftlichen Egoismus die Gemeinschast. Sie fühlen es leidend selber, welcher Protestpaß zwischen Weihnachtspredigt und Leben ist, und darum wollen sie das Leben paden, bilden und formen, daß das Leben Weihnacht, Liebe und Freude sei. Aber gerade deshalb werden sie bekämpft, sucht man sie in ihrem Streben zu unterdrücken. Man predigt gern von Liebe, man lacht gern in weihnachtlicher Anbacht ein Bländchen hindurch schönen Worten. Ja, man will auch Liebe, doch nur diese kleine, alltägliche Liebe, die da im Rahmen von Ausbruch kommt, die da die Menschen in die sichere Not schein verbedet, die da die Menschen in die der Selbstergang an den Weihnachtstbäumen. Liebe ist heute ein Wesen, den man dem hindrückt, der ihn nötig hat. Und hinter diesem Dienste an der Armut, hinter al- diesem Leben und Wohlstum, da festet das Gespenst der wirtschaftlichen Barbarei die Fühne. Gegen dieses wahre Leben des Kapitalismus kam auch die bürgerliche Liebe nicht an. So soll sie nicht an. Da hat die Liebe nicht zu sein. Da soll kein Frieden sein. Da ist nur Kampf, harter, toter Kampf, Niedrig, gemeiner Kampf des Ichs gegen das Ich. Gieriger Kampf um nichts als materiellen Vorteil — und wenn auch Menschenleben dabei zugrunde gehen. Und sie gehen zugrunde. Sie haben nicht, was das Leben von ihnen verlangt. Sie werden zu Tausenden von dieser brutalen Wirtschaft ausgehoben und liegen ab- seits am Wege, hungernd, frierend, mit ihrem Weibe, mit ihren Kindern. Und segnend predigt man dann von Liebe und Frieden. Und feignend lächelt man dann dieser Predigt im Bewußtsein, Hüter hoher sittlicher Ideale zu

sein. Wo ist da drüben bei diesen fatten Wharjären der weihnachtliche Stern, der in solcher Schönheit und in solch strahlendem Glanze leuchtet, daß er alle mit hinausreißt zu seiner Höhe? Sie sehen ihn nicht, sie können ihn nicht sehen, weil die Atmosphäre des Kapitalismus ihn verzerrt und trübt. Er leuchtet nur dem, der sich hinausgerissen hat aus der egoistischen Enge des Tages, der frei von kapitalistischen Ketten über dem Tage schwebt hinaussehend. Schwärzern und Brüder, seht ihr den Stern, der da leuchtet? Er soll uns weisen! Nur ihm wollen wir folgen. Liebe und Friede soll sein!

Ein Ideal soll uns leuchten! Wenn auch wir uns be- zieren im seßlichen Tag, dann sind wir nicht anders als jene. Dann haben auch wir im seßlichen Geirde des kapitalistischen Wesens, ohne herausstürmen zu können im Sinne unserer großen weihnachtlichen Aufgabe. Wir haben eine historische Mission. Wir haben der Menschheit den Weg zu führen, dem der Weihnachtstern leuchtet, vor- wärts ins Land edelsten Menschentums.

Wir erleben es selber immer wieder in unseren wirt- schaftlichen Kämpfen, wie heute Interesse gegen Interesse, Klasse gegen Klasse steht. Da kann niemals Liebe die Seele des ganzen Daseins sein. Und darum sind wir Gestalter zur Wirtschaftskrisis in der Gemein- schast. Aber die Gestaltung des Lebens allein genügt auch nicht. Wir müssen der Form die lebendige Seele geben. Wir müssen das Zusammenleben mit unserer Seele durch- dringen. Und darum müssen wir in unseren gestaltenden Kampf den Schwung hineinbringen, der da eintr, die Blut, die da einend flüht, die begeisterte Liebe zum Wahren, Guten und Schönen, die Menschen zu Schwärzern und Brüder eintr. Ein Stern muß uns leuchten, ein hoher, heiliger, schöner Stern. Ein großer Gedanke. Das Ideal einer glühenden, menschlichen Liebe.

Nur wenn sich ein Stern leuchtet, nur der fähst sich groß und stolz. Nur der fähst sich schon heute heraus- gewachsen aus dem Tage und näher dem neuen edleren Menschentum. Wer das Ziel nicht in heiliger Größe, der ist auch zu größeren Opfern bereit, der sieht keine Kleinig- keiten, die trennen, der ist auch im Kleinsten vom Großen geeint.

Solidarität ist die treibende Seele des gewerkschaft- lichen Kampfes, und Solidarität, durchheilig: von diesem Glauben an das Große: das ist die Gut aus dem Sterne, der über der Mensch- heit steht seit aller Ewigkeit!

Arbeit und Tuberkulose.

Ueber die Tuberkulosestatistik des Deutschen Reiches bringt die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Tabelle. „Der größte Teil der Bevölkerung hat, zu- meist im Kindesalter, eine häufig kaum beachtete Infek- tion mit Tuberkulosebazillen davongetragen“, so heißt es da, „und heberert seitdem die Krankheitserreger nun an einer bestimmten Körperstelle. Hierdurch wird ihm eine gewisse Immunität gegen Neuinfektionen verliehen, und er erkrankt an Tuberkulose nur dann, wenn seine Immu- nitätskraft vermindert ist.“ Die Grunderkrankung wird dann durch die Tuberkulosebazillen verursacht, die er selbst beherbergt, oder die ihn in dem durch Krankheit, Lieberanstrengung, Unterernährung und dergleichen ge- schwächten Zustande von außen treffen. . . . So wurde das Rätseln der Tuberkulosen im Kriege mit der Zu- nahme der Ernährungschwierigkeiten und der Anspannung aller Volkskräfte beschleunigt. Außerdem wurden die Tuberkulosen in immer weiter fortgeschrittenen Krankheits- stadien in die Fabriken und sonstigen Betriebe eingestell- t und bildeten dort die Ansteckungsquelle für weitere schon geschwächte Bevölkerungskreise.“

Die Tuberkulosegefahr durch ungenügendes Einkom- men und dadurch verursachte Unterernährung besteht auch heute in weiten Kreisen. Aber auch die Fabriken und Bureaukräume wie alle sonstigen Arbeits- plätze bedeuten auch heute in hohem Maße eine An- steckungsquelle für Tuberkulose. Das beweisen uns neue Untersuchungen, die man in Viel angestellt hat und über die im neuesten Heft der Veröffentlichungen aus dem Ge- biete der Medizinalverwaltung berichtet wird.

Es ist so lassen, daß nach dieser Statistik rund 12 % der unterjünglichen Kranken noch bis zu 4 Wochen vor dem Tode gearbeitet haben? Und mehr als 60 % noch bis 1/2 Jahr vor dem Tode tätig waren? Im gefährlichsten Stadium hatten diese Kranten keine genügende Fürsorge. Bis zum Tode krank, mußten sie arbeiten und waren damit eine große Gefahr für ihre Mitwelt, da die Ansteckungs- gefahr mit der Nähe des Todes wächst.

Hier liegen Mißstände vor, deren Beseitigung dringend erforderlich ist. Derartige Zustände müssen auch denen den Rest geben, deren Gesundheit die Arbeitsbedingungen ohne die Infektion vielleicht noch ertragen hätte. Der Kampf um das Brot ist heute so schwierig, daß jede Gefahr, die auch noch von außen her in das Arbeitsleben ein- dringt, unbedingt vermieden werden muß.

günstiger Umstand zu wirken wäre. Die gegenseitige Solidarität hätte sich so in der gemeinsamen Organisation nach verschiedenen Richtungen hin auswirken können. Aber außer Entgang dieser Vorteile ist jetzt dem Baugewerksbund auch auf lange Zeit hinaus der Weg zur organisatorischen Zusammenfassung aller am Bau und für den Bau Schaffenden verlegt. Wären die Porzellan- und die Glasarbeiter zum Baugewerksbund gestoßen, so hätten nur noch die Ziegler gefehlt, um die in der Baustoff-erzeugung Beschäftigten, soweit Glas und Ton in Betracht kommen, restlos im Baugewerksbund zu vereinen. Der Uebertritt auch der Ziegler zum Baugewerksbund wäre dann nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Nunmehr würden dem Baugewerksbund von allen Baustoff-erzeugern nur noch die Ofenformier, soweit sie Kacheln oder keramische Bauverzierungen herstellen, verbleiben. Sonstige in der Baustoffindustrie Beschäftigte, wie die Hersteller von Fensterläden und andern für den Bau benötigten Glasbedarf, die Arbeiter in der Tonplattenindustrie, für keramische Badewannen und Kofel-einrichtungen, in der Zementindustrie, in dem großen Gebiet der Ziegelindustrie aller Arten, der wiederzuführenden Baufamilie, gehören dann, falls die Vereinigung der Porzellan- und Glasarbeiter mit dem Fabrikarbeiterverband zur Tatfache wird, zum Fabrikarbeiterverbande. Alle diese Gruppen haben in den meisten Fällen industriell gar nichts miteinander gemein; so steht zum Beispiel der Glasarbeiter zum Porzellanarbeiter ungefähr so, wie der Storbmacher zum Zimmerer, industrielle oder tarifliche Verknüpfungspunkte haben beide Branchen gar nicht, auch diese wieder nicht mit den Ziegler. Doch dies erwähnen wir nur beiläufig. Bei großen gewerkschaftlichen Zusammenstößen zur Stärkung der Gewerkschaftskraft sind dies mehr neben sächliche Dinge. Wir halten einen solchen Zustand sogar für gut, weil sich dann die ganze Weite eines Unternehmerkreises nie gegen alle Mitglieder der angegriffenen Gewerkschaft wenden kann. Dies ist unsere Ansicht, die sich allerdings nicht deckt mit der Anschauung in andern Gewerkschaftskreisen.

Die Grundidee des Baugewerksbundes ist gut. Sie hat durch den bisherigen Verlauf der Dinge einen Stoß erhalten. Unser Bund wird sich darüber klar werden müssen, ob er trotz aller in letzter Zeit aufgetretenen Widerstände an seinem alten Programm festhalten will. Wenn dazu bei seinen Mitgliedern die innere Ueberzeugung vorhanden ist, wird es möglich sein. Jedenfalls aber haben wir jetzt mit der Tatfache zu rechnen, daß die Entwicklung des Baugewerksbundes in dem von uns erstrehten Sinne auf Jahre hinaus zurückgeworfen ist. Daran hat vor allem auch schuld der Brestauer Gewerkschaftskongress, der es unterlassen hat, in dieser Richtung eine klare Bahn vorzuziehen, dessen Beschlüsse im Grunde genommen darauf hinauslaufen, der Idee der Industrieorganisation eine Leistungsüberzeugung zu machen, es aber im übrigen beim alten zu lassen. Ebenfalls werden wir trotz alledem bestrebt sein, den Gedanken der Industrieorganisation wie früher zu pflegen in der unumstößlichen Ueberzeugung, daß dies nicht nur eine starke Konsolidation der Gewerkschaftsmacht, sondern auch eine Einschränkung an gewerkschaftlicher Arbeitskraft, an unwichtigen Weltaufwand gewerkschaftlicher Kräfte bedeutet. Deshalb vertreten wir nach wie vor den Standpunkt der Industrieorganisation. Dafür werden wir auch weiterhin werden, trotz aller Widerstände!

„Weihnachtsliebesgabe“ für Erwerbslose.

Eine große Wirtschaftskrise durchzittert Deutschland. Nicht nach Art der Wirtschaftskrisen in der Vorkriegszeit. Denn damals handelte es sich darum, die im Fieber der Sophistikur erzeugten Wertprodukte abzugeben; um dies zu erreichen, setzte der Produktionsapparat in einigen Zeilen so lange aus bis wieder Naum geschaffen war für vermehrte Produktion. Die diesmalige Krise aber ist eine Krise der deutschen Wirtschaft schlechthin, sie ist zugleich eine geistige Krise der deutschen Wirtschaftskräfte, die auf das falsche Pferd geleitet haben, die die kranke deutsche Wirtschaft mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit „anurbein“ wollten. Sie ließen den Produktionsapparat ruhig in die Breite wachsen, ohne zu versuchen, mit weniger Produktionsmitteln und größerer Ergiebigkeit das gleiche und mehr zu erreichen. Mit ihrer falschen Wirtschaftspolitik erzielten sie die unrentablen Betriebe und drohten den Warenabfall im Lande einzuernern.

Jetzt zeigt sich das „Ergebnis“ dieser Wirtschaftspolitik. 1½ Millionen Arbeitsloser und Millionen Kurzarbeiter sind das bisherige Ergebnis. Am wieviel es noch schlimmer kommt, bleibt abzuwarten. Vor allem kann es den Opfern einer solchen Wirtschaftspolitik, deren Bankrott wir wiederholt im „Grundriß“ vorausgesagt haben, augenblicklich nichts nützen, wenn sich nunmehr unsere „Wirtschaftskräfte“ umzustellen beginnen und erklären, die deutsche Wirtschaft müsse sich endlich wieder zu vollem Gesundheitsdrehen durch einen Meinungswechsel, der die unrentablen Betriebe beseitigt. Es bleibt übrigens noch zweifelhaft, ob man dabei an die Einschränkung der verhängnisvollen Kapitalpolitik gedacht hat, die ihr vollendetes Maß zu dieser ungeliebten Entwicklung der Dinge beigetragen hat. Nebenfalls sind solche vorbereitenden Maßnahmen zur Gesundheit der Wirtschaft, wobei ein erster Arbeitsabbau ein Hauptergebnis wäre, vorkünftig für die Arbeitslosen nur ein Zukunftswort, dessen Einlösung ohne Proлонation schwer möglich erscheint. Deshalb der Scheit der Bindung der augenblicklichen Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, nach starker Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichstag mußte zu dieser brennenden Gegenwartsfrage Stellung nehmen. Er hat es getan, doch fragt nur nicht wie. Die „Weihnachtsliebesgabe“ für die Armen der Armen ist so mager wie nur möglich ausgefallen. Der soziale Ausstoß des Reichstages hätte be-

schlossen, die Unterstützungssätze für die Hauptunterstützung um 30 % zu erhöhen. Im Bereiche der Erfüllungsmöglichkeit — denn die Deckungsfrage darf nie außer acht gelassen werden — lag ein Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung um 60 %. Er wurde abgelehnt. Und die Reichsregierung unterbot noch die 30 %, die der soziale Ausschuss beschloffen hatte; es geschah das Innerliche — obwohl hinter dem Beschluß im sozialen Ausschuss ursprünglich auch die Mehrheit der Reichstagsmitglieder stand —, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages fürchte und dem Regierungsantrag zustimmte, wonach die Sätze für die Hauptunterstützung nur um 20 % erhöht werden. Die Familien- und Spitzenbeiträge sollen gar nur um 10 % erhöht werden. Außerdem wurden für eine einmalige Hilfe an Unter-gestützte und nichtversicherungspflichtige Angehörte der Wohlfahrtsvereine ganze 6 Millionen Mark erteilt.

Man verzeihen möge sich: Als es sich um die Erhaltung der falschen Politik der „Sozialdemokraten“ handelte, als es galt, das deutsche Wirtschaftskrisis beim Schwanz aufzugreifen, da hatte dieselbe Reichsregierung viele Hunderte Millionen übrig, die sie der Junkerei in den Taschen warf. Jetzt will man den Arbeitslosen, den unter-gestützten Arbeitslosen, ganze 6 Millionen Mark geben. Eine Pfennigrechnung für den einzelnen. Und dann die 20 % als Hauptunterstützungsbetrag! Da kommt eine von „Christlichen“ triefende Weihnachtsbescheide zum Heil der „Liebe“ munder was, wenn sie eine solche „Weihnachts-liebesgabe“ für Erwerbslose beschließt, wenn sie die Sätze folgendermaßen „erhöht“, obwohl ja die Erpr für diese

Du sollst . . .

Du sollst Dich nicht treten lassen.
 Du sollst Dich nicht unterdrücken lassen.
 Du sollst Dich nicht ausfaugen lassen.
 Du sollst den Schlangenfinn der Lu tun.
 Du sollst die Knechtseligkeit von Dir tun.
 Du sollst Dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als Du.

Reopold Jacoby.
 (zu seinem 70. Todestag am 20. Dezember 1888.)

„Epende“ von den Versicherern je selbst aufgebracht werden müssen! Dieser Beschluß des Reichstages ist wieder einmal eine brennende Ohefrage für den deutschen Mittel, der ja dafür gejorgt hat, daß eine solche arbeitsfermliche Wech-selheit den Reichstag bevolkt. Selbst einzelnen deutschen Staaten erscheinen die vom Reichstag beschlossenen Er-höhungssätze als unzulänglich; so hat der h a m b u r g i s c h e Staat beschloffen, wenigstens in der Weihnachts voran-gehenden Woche 60 % der notwendigen Unterstützung als einmalige Sonderunterstützung zu gewähren. Doch wir sind der Meinung, daß in dieser Frage der Reichstag noch nicht das letzte Wort gesprochen hat. Die Welt liegt eine Ueberzeugung erfüllt, sie so gut wie gar nicht durch diese mi-nimale Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze. Die Ereignisse der nächsten Wochen werden den Reichstag nötigen, zu dieser Frage erneut Stellung zu nehmen. Mit welcher Gatte ist dem Hungerklops nicht bei-zukommen!

Die neuen Erwerbslosenätze sind auch für unsere Mitglieder von einiger Wichtigkeit; denn vor allem im Bau-gewerbe ist die Arbeitslosigkeit sehr groß, unsere dies-wöchentliche Bevölkerung weist beinahe 100 000 Arbeits-lose aus; bei Niedrigkeit dieser Zeiten dürften — nicht nur durch Witterungseinflüsse — weit über 100 000 unserer Mitglieder arbeitslos sein. Deshalb geben wir an-schließend eine Tabelle bekannt, die nach unserer Berech-nung die neuen Unterstützungssätze enthält. Amliches Material liegt uns hierüber zur Zeit noch nicht vor, deshalb bitten wir, das Zahlen nicht als absolut richtig zu betrachten; vor allem können uns bei der Berechnung der Pfennig-teile Unrichtigkeiten unterlaufen sein. Jedoch kann es sich dabei nur um ganz winzige Beträge handeln. Danach be-tragen die täglichen Unterstützungssätze in Pfennigen:

Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

	in den Orten der Erstklassen		
	A	B	C und E
1. für Personen über 21 Jahre	188	128	119
2. für Personen unter 21 Jahren	83	77	71
3. als Familienzuschläge für:			
a) den Ehegatten	47	44	41
b) die Kinder und sonstige unter-stützungsberechtigte Angehörige	33	31	29

Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

	in den Orten der Erstklassen		
	A	B	C und E
1. für Personen über 21 Jahre	162	151	140
2. für Personen unter 21 Jahren	97	91	85
3. als Familienzuschläge für:			
a) den Ehegatten	55	52	48
b) die Kinder und sonstige unter-stützungsberechtigte Angehörige	39	36	34

Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

	in den Orten der Erstklassen		
	A	B	C und E
1. für Personen über 21 Jahre	174	162	150
2. für Personen unter 21 Jahren	104	97	90
3. als Familienzuschläge für:			
a) den Ehegatten	50	55	51
b) die Kinder und sonstige unter-stützungsberechtigte Angehörige	42	39	35

Einheitlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Fall folgende Beträge übersteigen:

	in den Orten der Erstklassen		
	A	B	C und E
1. Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	814	291	270
2. „ „ „ II (Mitte)	353	336	314
3. „ „ „ III (Westen)	396	369	341

„Zweit“ die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunter-stützung), nicht übersteigen.

Ausschließung des RWB.

In der am 8. Dezember begonnenen Bundesauschuss-sitzung wurde die gegenwärtige gefährliche Lage der deutschen Wirtschaft erörtert. Nach et gehörender Aussprache wurden die Forderungen, die zur Heberwindung der Wirtschaftskrise und Erleichterung des Schicksals der von ihr betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen nötig sind, in der nachstehenden, einstimmig angenommenen Entschlußfassung zum Ausdruck gebracht:

„Zurück die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter bedingt aus dem Produktions-Betrieb ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unzulänglich und kaum zu zerten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den außer-parlamentarischen Methoden und wirtschaftlichen Mitteln geschiedet. Das in letzter erstreckt gehalten. Das Unternehmertum hat die Verantwortung der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter, in einer Nebenabstimmung der Arbeiterklasse und Ueberwindung der Wirtschaft gelassen. Gelitten und die abetflügigen Arbeiter, letzten an Preissen und Löhnsabergängen, der Verkauf ungenutzter Produktionsmittel, die bei zu hohen Geschäftskreisen und Geschäftskreisen keine die untergeordnetsten Arbeitslosen Arbeitslos mit der einen Seite die Wirtschaft der freien Arbeiter aberschleift wurde, andererseits auf der anderen Seite die notwendige und mächtige Senkung der Preise. Das Unternehmertum spürt den Wirtschaft und Arbeiterklasse in einer Hinsicht und damit auch in einer Wirtschaftskrise haben.

Und dieser Erkenntnis geht ein vollkommenes Hinsicht. Jeder, daß diese Arbeit man leisten werden kann durch eine weitere Senkung der Preise und der Kaufkraft der noch existierenden, sondern daß der Gegenteil aufzuheben zur Verjüngung und Verjüngung der Krise führen müßte. Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Gesundung der Kaufkraft der breiten Masse ein un-entbehrliches Erfordernis. Arbeitslosenmengen mehrten sich die Weltungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Lage dazu anzuzeigen, unter Umänderung der Entlohnung vollständig Ueberforderungen vorzunehmen. Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesauschuss gegen diese Beschlüsse die schärfste Verurteilung ein und fordert bei dem gerechten Urteilslamp alle mögliche Unterstützung der Lebensfähigkeit und der Arbeiter.

Der Bundesauschuss verurteilt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Verschärfungen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise bedingten. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften vollkommener erstickt und erhöht. Der Wohlstand dieses Beginnes wird durch die gleichzeitige Krise in der verschiedensten Ländern Europas aufs augenfälligste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Wände einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern.

Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unabweigliches soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot. Die bisher vom Reichs-lausenamt geleistete Unterstützung der Arbeitslosen ist unzureichend. Neben einer ausreichenden Unterstützung völlig Arbeitsloser ist auch Paraz-arbeiter eine solche zu gewähren. Ferner sind die den Bezug von Unterstützung vielfach einschränkende Bestimmungen der heute noch bestehenden Regierungs-verordnung über Erwerbslosenfürsorge zu ändern beziehungsweise zu beseitigen. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge müssen von Reich und Staat die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Arbeitslosen mit wirtschaftlichen Notstandarbeiten umfassend zu beschäftigen. Für die Durchführung von Not-standarbeiten, Uebergebung von Arbeitsaufträgen und Arbeitsbeschaffung ist ein enges Zusammenarbeiten aller Reichsämter, der einzelnen Länder und Gemeinden notwendig. Am eine klare Rechtsgrundlage der künftigen Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, ist eine beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes uner-läglich.

Darauf wurde berichtet über die bisherigen Beratungen des Sozialen Ausschusses des RWB. zum Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Entlohnung der Beiträge und der Unterstützungen entsprechend der Verdiensthöhe wurde zugestimmt mit der Maßgabe, daß die Mindestunterstützungssätze, wie sie der Entwurf vorsieht, erhöht und auch höhere Einkommen, etwa bis zu 60 % höchstens, bei der Unterstützungsbemessung berücksichtigt werden. Die Einbeziehung der Kurzarbeiterunterstützung wird verlangt. Der Rechts-anpruch auf die Versicherungsleistung muß zeitlos durch-gesetzt werden. Hinsichtlich des Besondereinfalles, der Pflichtarbeit und der Streikfall muß der Entwurf grundlegend umgestaltet werden. Der Kosten- und Gefahrenausgleich der Versicherung muß auf einem Wech-sel aufgebaut werden, der für das ganze Reich und für alle Gewerbe einen einheitlichen Prozentsatz der Löhne entspricht. Der Verwaltungsaufbau der Versicherung der Löhne so geregelt werden, daß die Beitragsbeiträge — Besondere und Unternehmer — entscheidenden Einfluß auf die Ver-waltung und die Geschäftsführung und der öffentliche Arbeitsnachweis organisch verbunden sein müssen, ist auch der Arbeitslosenversicherung und der Arbeiter, zu unterstützen.

Der Bundesauschuss stimmte diesen Ausführungen ein-mütig zu.

Im zweiten Sitzungstage behandelte der Bundes-ausschuss den Besondereinfalles über den endgültigen Reichs- und Wirtschaftsrat. Nach einem Bericht des

Bundesvorständen erklärte sich der Bundesauschuss mit der bisherigen Stellungnahme der Bundesvertreter in welchem Umfang einverstanden. Er hält nachdrücklich an dem auf dem Breslauer Kongress begründeten Standpunkt fest und erklärt insbesondere, daß die paritätische Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen (Gewerkschaften usw.) die unerlässliche Voraussetzung für die im Artikel 165 verprochene Mitwirkung der Arbeiter an der gesamten Entwicklung der produzierenden Kräfte ist. Die Beteiligung der Arbeiter an Reichswirtschaftsräten ermöglicht zwar in allerdings noch keineswegs zureichender Weise ihre Mitwirkung an der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, schießt die Arbeiter aber noch völlig von jeder, auch der bedeutsamsten Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung aus, wie sie durch ihre Mitwirkung in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Wirtschaft möglich werden würde. In den Berufsstammern werden die wichtigsten Fragen der Wirtschaft behandelt und erledigt. Es widerspricht den Forderungen der Gewerkschaften wie den Zusicherungen in der Verfassung, daß in den Berufsstammern die Unternehmer allein das Wort führen und ihren einseitigen Einfluß ausüben. Der Bundesauschuss besteht daher auf der Forderung, daß in dem Gebietsrat für den enghilftigen Reichswirtschaftsrat die notwendige Sicherheit für eine wirklich gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiter nicht nur im Reichswirtschaftsrat selbst, sondern auch innerhalb der öffentlich-rechtlichen Berufsstammern gegeben werden müsse, oder daß durch ein Gesetz, das herabsetzendes Sondergesetz auch die paritätische Mitwirkung in den Berufsstammern herbeigeführt wird.

Ein russischer Gewerkschafter über die russischen Gewerkschaften.

Auf der am 4. und 5. Dezember in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde bei der Behandlung der Russenfrage von verschiedenen Rednern betont, daß die russischen Gewerkschaften die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Organisationen allezeit an ihrer Seite finden werden, wenn sie bestrebt sind, in sozialer Arbeit als unabhängige und selbstbewußte Körperschaften für wirtschaftlich-gewerkschaftliche Forderungen zu kämpfen. Daß es russische Führer gibt, die die Prinzipien des Liebes kennen und in sozialer Arbeit die Grundfehler und bringenden Romaneskenheiten hinweisen, zeigen die von Zomshy (Präsident des Allrussischen Gewerkschaftsbundes) für den bestehenden Kongress der kommunistischen Partei Russlands ausgearbeiteten Thesen über die Gewerkschaften, in denen es unter anderem heißt:

„Die Gewerkschaften bleiben nicht nur hinter den Forderungen der vorgezeichneten Arbeiterföhrlichen zurück, sie vermögen auch nicht, die neu hinzugekommenen Mitglieder zu erziehen und sind sogar nicht imstande, sie organisatorisch heranzuföhren, sie in elementarer Weise in den Kreis ihrer Organisationen zu ziehen. . . Das gabelnmäßige Aufschwollen der Gewerkschaften auf Kosten nichtproletarischer Elemente, ebenso wie die Verwandlung der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in eine rein formelle Angelegenheit, führt dahin, daß Personen, denen die Ziele, das Leben und die Tätigkeit ihrer Gewerkschaft völlig unbekannt sind, bereit sind, für ihr Mitgliedschaft und für die durch die Mitgliedschaft gebotenen Vorrechte Beiträge zu zahlen.“

Wie sich derartige Verhältnisse herausbilden können, ergibt sich aus der nachstehenden Skizze der Gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Thesen Zomshys:

„Überall ist mit mannigfaltigen wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Funktionen, vermögen die Gewerkschaften oft nicht, ihre Arbeit zu bewältigen; sie erweisen sich in ihrer Arbeit einseitig und können mitunter ihre hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgaben: die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vereinigten Massen und die allseitige Arbeit an der Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus in den Hintergrund.“

„Man muß unbedingt dazugedenken, daß einzelne Behörden und Funktionäre der Gewerkschaften und der Wirtschaftorgane sich zu einem misgestalteten Block zusammenschließen, der dahin führt, daß Gewerkschaftsinstanzen und ihre Vertreter in unzulässiger Weise alles quälen und behindern, was von den Leitungen der Wirtschaftorgane vorgelegt wird; das führt dahin, daß die Gewerkschaft sich in ein Anhängsel, in eine politische Abteilung bei den Wirtschaftorganen verwandelt und ihre wichtigste Aufgabe verliert, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu verteidigen.“

„Über die bestehenden Praktiken auf dem Gebiet des Wirtschaftes von Tarifverträgen sagt Zomshy u. a.:

„Die bestehende Ordnung, bei der die Mehrheit der Gewerkschaftsorgane einen Kollektivvertrag mit den Wirtschaftorganen schließen, ohne die Stellungnahme der Arbeiter und Angehörten zu jenen Verpflichtungen zu kennen, die in ihrem Namen von der Gewerkschaft übernommen werden, heißt für die Arbeiter wenig Autokratie, dient als schlechte Garantie für die Wirtschaftorgane und muß deshalb umgestaltet werden. Es muß zur Regel werden, daß der Kollektivvertrag in seinen wichtigsten Teilen in großen Arbeiterversammlungen erörtert wird.“

„Weiter interessiert sind die Ausführungen Zomshys über die Beziehungen zur kommunistischen Partei, die zwar meisten so oft zum Vorwurf gemacht werden, und zwar deshalb, weil eben von freien Gewerkschaften ein Abhängigkeit- oder Bevormundungsverhältnis gegenüber kommunistischer Partei als notwendig werden muß und im Westen auch anzunehmen ist. Während Zomshy einerseits offen sagt, daß die Aufgabe der Gewerkschaften Russlands nur unter der Leitung der kommunistischen Partei als des Fortschritts und der Leiterin der Arbeiterklasse als Ganzes verwirklicht werden kann, lehnt er andererseits eine direkte Einmischung mit der gleichen Entschiedenheit ab: „Neben der Feindlichkeit Einmischung der Parteifunktionäre in die alltägliche Arbeit der Gewerkschaften, zeigte sich eine leichtsinnige Annahme der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre, die häufiger Wechsel, der die Demokratie in den Gewerkschaften verleiht; es zeigte sich auch in der Praxis, daß die Arbeiter Fragen über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten,

Kollektivverträge usw. der Entscheidung der Parteifunktionäre unterbreitet wurden, wodurch die normalen Methoden der Gewerkschaftsarbeit beseitigt und das Ansehen der Gewerkschaften in den breiten Massen herabgedrückt wurde.“

Wir geben diese Ausführungen nicht wieder, weil wir darin eine gute Gelegenheit sehen, die Verhältnisse in Russland anzudeuten, sondern um zu zeigen, daß es in Rußland auch eine Gewerkschaft gibt, die, trotzdem sie kommunistisch ist und auf ihrem politischen Bekenntnis beharren — was auch im Westen einem vernünftigen Gewerkschafter nicht übergenommen wird — den Sinn und Zweck einer Gewerkschaft erfassen und für geordnete Verhältnisse eintreten.

Reichsgerichtsentscheidung über den Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder.

Bei der Güterabfertigungsstelle in Schwornitz wurden am 19. Januar 1924 aus Anlaß des Personalabbaus zwei Güterbodenarbeiter entlassen, die dem Betriebsrat angehörten. Sie verlangten darauf die Reichsgerichtsentscheidung auf Weiterzahlung des Lohnes für einen Monat, weil der Betriebsrat die Zustimmung zur Kündigung verweigert habe, die Entlassung also ungesetzlich sei. Das Landgericht Schwornitz und das Oberlandesgericht Rostock gaben der Klage statt. Das Reichsgericht wies die von der Betriebsratsabteilung eingelegte Berufung am 23. Oktober 1925 (Rttsch. 111 537/24) ab und bestätigte das Urteil.

Zu den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts wird ausgeführt, daß die nach Meinung der Beklagten in Frage kommende Betriebsratsstellung vom 7. Januar 1924 nicht als Betriebsratsstellung gelten könne, sondern nur als private Beschäftigung mit dem Vorsteher der Güterabfertigungsstelle. Eine Ladung der Betriebsratsmitglieder unter Mitteilung des Verlangensgegenstandes (§§ 20, 82 Betriebsratsgesetz) habe nicht stattgefunden, ebenso wenig sei das vorgeschriebene Protokoll aufgenommen. Der Vorsteher der Güterabfertigungsstelle habe vielmehr den Betriebsratsvorstand und zwei stellvertretende Betriebsratsmitglieder in sein Arbeitszimmer gerufen und mit ihnen wegen ihrer Zustimmung zur Kündigung verhandelt, über das Ergebnis der Abstimmung gingen die Behauptungen der Parteien auseinander. Dann führt die Begründung fort: Nach § 96 Absatz 1 des Betriebsratsgesetzes bedarf der Arbeitgeber zur Kündigung von Mitgliedern des Betriebsrats dessen Zustimmung. In welcher Form sie einzuholen und zu erteilen ist, sagt das Gesetz nicht. Daraus könnte man folgern, daß eine formlose Befragung der einzelnen Betriebsratsmitglieder und die auf diesem Wege eingeholte Zustimmung ihrer Mehrheit genügen müßte, um einer Kündigung wirksam zu verleihen. Eine solche Forderung ist aber abzulehnen, wenn man erwägt, daß § 96 den Kündigungsschutz den Betriebsratsmitgliedern nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer — denn diesem Zweck dienen die §§ 84 ff. W.G. —, sondern in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Arbeitnehmer gewährt, in erster Linie also die Arbeiterkraft gegen eine willkürliche Entziehung geeigneter Vertretungskräfte sichern will. Dieser Schutz wird der Arbeiterkraft aus öffentlich-rechtlichen Gründen auf öffentlich-rechtlichem Grundwege durch ein öffentlich-rechtliches Organ, und zwar durch ein Kollegium zuteil. Es liegt nun in der Natur der Sache, daß bei wichtigen Kollegialentscheidungen jedes Mitglied des Kollegiums in die Lage versetzt werden muß, die Anschauungen und Erwägungen der anderen Mitglieder kennen zu lernen, um sie prüfen, sich ihnen anschließen oder ihre Widerlegung versuchen zu können. Daß bei der Betriebsratsvertretung eine freiere Auffassung Platz zu greifen habe, sei ihm so wenig anzunehmen, als der Gesetzberechtigten Vertretungen der Rechte und der Tätigkeit einzelner Betriebsratsmitglieder sogar mit öffentlich-rechtlichen Strafen bedroht (§ 99 W.G.) und dadurch zu erkennen gegeben habe, wozu große Bedeutung er der Stellung des Betriebsrats beimisst. Man wird daher grundsätzlich davon ausgehen müssen, daß die Entsendung über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung einer Kündigung in der gleichen Weise herbeizuföhren werden muß, wie jede andere rechtswirksame Entsendung eines Betriebsrats. Die einschlägigen Bestimmungen des W.G. sollen eine ordnungsmäßige, sachliche Beschäftigung gewährleisten und eine Überumpelung oder Umkehrung der Betriebsratsmitglieder verhindern. Die Entlassungen der Betriebsratsmitglieder am 7. Januar 1924 stellen lediglich unbedingte Meinungsäußerungen dar, nicht aber einen Betriebsratsbescheid. (R. Z. 111 537/24.)

Der Frankenflug in Frankreich.

In Frankreich beginnt jetzt der Wettkampf von Inflation, Preissteigerung und Lohnerhöhung in sehr akutem Stadium zu treten, bevor der Finanzbau mangels einer alle Teile betriebsdienlichen Lösung in die Verhältnisse Deutschlands von 1922/1923 auseinanderfällt. Stimmt man 100 als Basis von 1914, so ist ein ungeheures Steigern des Inflationssums mit dem Lohnerhöhungsbeginn nur gegen Ende des Krieges zu bemerken gewesen, als der französischen Regierung zu werden anfangen, die schlimmsten Vorkriegsstände wieder etwas auszugleichen. Bei Kriegsende stand der Lebensmittelpreis auf 210 und der Lohnindex auf 195 bei auswärtsgerichteter Hoffnung auf eine baldige Preisreduzierung der Waren. Aber 3 Jahre später ergaben sich bereits die folgenden Zahlen: Inflation: 36 Milliarden, Lebensmittelpreis: 402, Lohn: 375; augenscheinlich lauten sie: Inflation: 65 Milliarden, Lebensmittelpreis: 600, und Lohnerhöhung: 425.

In Frankreich spielt das Brot eine noch weit wichtigere Rolle als in Deutschland. Brot und Wein sind für den Franzosen, was für den Deutschen Kartoffeln und Bier. Also kürzten sich die unermesslichen Spekulationen schon seit Jahren vor allem auf das Weiz, da sich besonders nach dessen Preis auch die Preisgestaltung der übrigen Lebensmittel und Waren richtet. Man erlebt da in Frankreich die Tatsache, daß die Waren um so teurer werden, je mehr davon da ist. Der alte ökonomische Weisheitspruch, daß eine Ware um so billiger ist, je mehr von ihr auf dem Markt erscheint, springt aus den Augen. Denn je mehr Spekula-

tionsmafie die Spekulationen vorfinden, um so sicherer gelingt ihnen eine Verteuerung des Brotes. All ihre Hoffnungen, die Ernte würde schlecht ausfallen, ist in Frankreich genau so enttäuscht worden wie in Deutschland. Die Ernte von 1925 hatte 16 Millionen Zentner Getreide mehr erzeugt als die des Vorjahres. Also steigen die Preise. Denn Frankreich ist auch noch auf Getreideimport angewiesen, und so fließen Hunderte von Binnäßen ausländischen Getreides in Valenciennes und Dunquerque an den Küsten liegen; man erlebte zur Verhinderung von Getreidebefreiungen Ausperrungen der Arbeiter, als nach solchen Vorbenommen eine Untersuchung im Hafen von Saint Nazaire eine Waage von 80 Franken je Zentner (von 30 Centimes je Kilogramm Brot) herbeizuföhren begann.

Aber ebenso kürzten sich die gleichen Leute auch auf das inländische Getreide. Vom Moment des ersten Dreißigens an überhärmte ein Heuschreckenschwarm von Mäslern alle Inhaber kleiner Speicher, um die Ernte des ganzen Jahres zu lächerlichen Preisen aufzukaufen. Es gelangen auf dem Anflug der wenig bemittelten kleinen Getreidebauer, die oft so arm sind, daß sie hauptsächlich ins Gras beißen. Es gibt da Hunderte und aber Hunderte kleiner Landbesitzer, die vor Hunger ihr Getreide roh verzehren. Diese Kleinbauern zahlen mangels Geld das Brot beim Bäcker mit Getreide und fieden abends in ihr noch bißchen in Schulden. Der Bäcker wieder drängt darauf, das Getreide im Moment der Ernte zu erhalten, weil dann der Preis besonders billig ist. So verkauft also der Getreidebauer sein Korn zum billigsten Preis, um sein Brot zum teuersten Preis zu essen.

Daneben stehen natürlich auch Verkäufer großer Getreidepeicher, die es im Zurückhalten ihrer Ware und in der Kunst sonstigen Preissteigens zur höchsten Form gebracht haben. Sie operieren damit, daß sie nicht mehr billig verkaufen können, weil das Fund Sterling auf 126 steht, daß also dementsprechend auch der Weizenpreis steigen müsse, der seit etwa 3 Monaten 1,60 Franken je Stio beträgt. Aber als sie 1925 säen ließen, die Düngegemittel kaufen und den Landarbeitern ihren Lohn gaben, da war das englische Pfund nur auf 80 Franken.

Man erwägt nun, auf den Senat zu drücken, daß er das von der Kammer bereits angenommene Gesetz einer Erklärung der Getreidebehörden ebenfalls billigen möge, man erwägt ein Verbot der Verführung von Getreide an Tiere, die Verpflichtung schneller Dreißigens zum Kampf gegen die Spekulationen, die an der Handhabung der wichtigsten Volkswirtschaft wie auf Herberemitteln spielen, die Schaffung einer staatlichen Mandarntabelle zur Herbeiföhren niedriger Importpreise. Man erwägt und handelt nicht. So haben die Interessenten alle Möglichkeit, in diese Lage sehr große Fische zu werfen. Als vor einigen Tagen sehr große Fische in den Fischepott um 4 Franken je 100 Kilogramm herabzubringen drohten, da beabsichtigten sich die Fischhändler, die Fische teuer verkaufen zu lassen als aufzukaufen, während die Bevölkerung Hunger leidet. Wäre der Fisch auf den Markt gekommen, so wäre der Fischepott entleert worden und hätte damit eine Senkung des Getreidepreises und des Standes anderer Nahrungsmittel im Gefolge haben können.

Das Sinken einer Währung beruht auf Vertrauensmangel. Die französische Regierung, die lieber das Volk verkommen läßt durch vertrauenswürdiges Elemente, als daß sie gegen diese einschreitet, darf sich also nicht wundern, wenn der Franken weiter auf dem absteigenden Wege bleibt. Kurt Benz.

Scharfmacherschmerzen.

Der Dezemberwind hat uns ein Mundschreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vom 28. November auf den Redaktionsstisch geweht, in dem der Verbandsschreiber Dr. Me u h a u s, Görlitz, die für viele reaktionäre Unternehmer äußerst bräunliche und schmerzhafte Frage behandelt, ob bei vom Unternehmerverbanden verhängten Ausperrungen die unorganisierten Arbeiter mit auszu-perrern sind oder nicht. Zu dem Mundschreiben berichtet Dr. Me u h a u s an die Geschäftsleiterkonferenz über die in dieser Angelegenheit gemachten Erfahrungen, um dann zum Schluß Vorschläge zu machen, wie diese Frage allgemein zu behandeln sei. Dr. Me u h a u s war verständig, an der Geschäftsleiterkonferenz teilzunehmen, weshalb er in dem Mundschreiben auf Erjuden des Gesamtverbandes schriftlich mitteilt, was er zu dieser Angelegenheit zu sagen hat.

Die Frage — so sagt Dr. Me u h a u s — ist akut geworden bei einer Ausperrung, die der Verband der Metallindustriellen Niederschlesien im Mai dieses Jahres vorgenommen hat. Dabei habe sich herausgestellt, daß bei einer Reihe von Firmen Unorganisierte Arbeiter in den letzten Jahren von der Gewerkschaft abgedrängt worden seien. Man würde sie also, falls man auch je aus-perrt, wieder in die Arme der Gewerkschaft zurücktreiben. Trotz dieser Bedenken beschloß der Verband, auch die Unorganisierten mit auszu-perrern. Diesem Beschluß seien keine Firmen nicht nachgegeben, sie wollten sich auf keinen Fall die Erziehungsarbeit der letzten Jahre durch den Verband zum Nutzen machen lassen. Trotzdem verbarnte der Verband bei seinem Beschluß. Bei einer Nichtausperrung der Unorganisierten hätten es die Gewerkschaften in der Hand, Arbeiter, die sie von der Ausperrung ausnehmen wollten, als Mitglieder vorübergehend zu streichen und sie als „Unorganisierte“ in die Betriebe zu kommandieren. Diese Leute würden dann ihre Organisation nicht unerheblich unterstützen. Dadurch würde der Kampf in die Länge gezogen. Dagegen bedeute die Ausperrung der Unorganisierten, so leid es einem für den einzelnen tut, eine B l i z z u g des Kampfes. Da solche Leute nur von der Unvernünftigkeit geringfügig unterfüßt würden, trügen sie dann Unzufriedenheit in die Reihen der Ausperrten und schwächten dadurch deren Front. Der Schlag gegen die Gewerkschaft ließe sich so wenig ausbleiben gestalten, wenn man „reißlos“ alle Arbeiter entläßt. Ferner würden sich, wenn man die Unorganisierten nicht ausperrt, bei Wiederannahme der Arbeit große Schwierigkeiten im Zusammenarbeiten der Organisierten und Unorganisierten ergeben. Zugegeben sei, daß es in kleinen Betrieben leichter sei, die Arbeiter auf ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu prüfen. Deshalb wurde der Gedanke einer Trennung inoffiziell erwogen, die Aus-

Sperrungstaktik nach großen und kleinen Betrieben einzurichten. Doch auch dieser Gedanke wurde verworfen, um die Einheitlichkeit des Verbandes nicht zu gefährden...

Jedenfalls müsse — sagt Dr. Neuhaus — diese äußerst wichtige Frage gelöst und entschieden werden. Innerhalb des Gesamtverbandes sei sie heute überhaupt nicht geregelt...

Zusammenfassend kommt Dr. Neuhaus zu dem Schluss: Bei einer Ausdehnung sind die Inorganisierten zu berücksichtigen...

Wir haben keine Ursache, uns in diesen häuslichen Streit der industriellen Geschäftsmacher zu mischen. Solche Unternehmerrisikofragen dürfen auf uns nur erweiternd...

Wegen die Volksausplünderung durch die Fürsten!

Sieben Jahre sind seit der November-Revolution verstrichen. Dennoch ist man verpöblichst, Artikel mit einer solchen Heberdreht zu schreiben. Ein Exzerptiel, in dem sich zugleich das Inzulänglichste der politischen Neuordnung...

Zu all dem Unheil blieben die deutschen Richter, wie sie gebildet waren, in ihrer Keuschheit. Man hatte leider so etwas wie die Unabwägbarkeit der deutschen Richter proklamiert. Kein Wunder, daß diese durch sakramentale Heiligsprüche wieder befestigt, was die Revolution geschaffen hatte...

Der Deutsche eifert zu allen Zeiten Der Fürsten heiligen Verus.

Die wollten das Eigentum nicht antasteten, obwohl noch keiner der 22 Landesherren die Rechtmäßigkeit seines „Eigentums“ nachgewiesen hatte.

schmuck, Land- und Forstbesitz in der Größe von rund 800 000 Morgen und 80 Millionen in Bar. Die Mittelsbacher erhielten neben Schloßern und sonstigen Besitzungen Grundbesitz in der Größe von 10 000 Hektar, ferner 60 Millionen Mark Papiergeld, die der streitbare Rupprecht auf 10 Millionen Goldmark aufgemindert haben will...

Eine besonders feine Nummer ist der ehemalige Herzog von Gotha. Dieser ist ein englischer Prinz, er schmückt sich mit folgenden Namen: Herzog von Coburg-Gotha, Herzog von Albany, Graf von Clarence, Baron Arcton. Das Reichsgericht hat diesem lausfremden Manne den gesamten Besitz der Kurfürstentümer unter anderem folgende Porzellan- und Schmuckfabriken, Schloßer, große Gasthäuser, riesigen Landbesitz und feudale Justiztürme der Kunst und Wissenschaft wieder überantwortet...

Ein harter Winter ist bevorzugen. In Deutschland gibt es eine Million Arbeitslose, deren Zahl sich von Tag zu Tag vermehrt. Das Weisheitswort heißt bei der Zeit: Nur mühsam gelingt es, die tägliche Arbeitslosenunterstützung nur um einige Pfennige zu erhöhen...

Ein Stück dem König, dem König der Meiden. Der unter Glend nicht konnte erwidern, Der den letzten Großen von uns erpreßt, Und uns wie Hunde erschließen läßt!

Eine Revolution war für Fürsten anderer Länder und Zeiten das Ende ihrer Herrschaft, ja teilweise ihres Lebens. In Deutschland ist die Revolution für die zahlreichen Kronenherren zu einem glänzenden Geschäft zu werden. Mehr als 1 1/2 Millionen Deutsche mußten im Kriege ihr Leben lassen, von den deutschen Fürsten und ihren Familien ist kein einziger auf dem sogenannten Feld der Ehre gefallen...

Mag der Kampf gehen wie er will. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird Maßnahmen ergreifen, die außer dem Parlament, sei es eine Volkskammer, oder sonst etwas, mit allen Mitteln unterstützen. Wenn Millionen hungern, dann sollen wenigstens jene keine Niesengeschenke erhalten, die an diesen Elend die größte Schuld tragen!

Frauenarbeit auf Bauten.

Die Baugewerkschaft Gleichheit hatte sich beschwerend an den Regierungspräsidenten in Appeln gewandt, weil der Gemeinderat in Gießen die Beschäftigung von Arbeiterinnen beim Stampfen von Beton für zulässig erklärt hatte. Der Regierungspräsident antwortete darauf, der Erlaß des Handelsministers vom 26. Juli 1923 (siehe „Grundstein“ Nummer 47) habe zwar das Mißgehen von Beton für nicht vereinbar mit den Schutzbestimmungen des § 187 Absatz 7 der Gewerbeordnung erklärt...

Dieser Standpunkt wird dem Sinn der Sache gerecht. Wenn der Minister sich lediglich an den Wortlaut der Gesetzbestimmung gehalten hätte, wäre seine Entscheidung ebenfalls anders ausgefallen. Denn wenn auch beim Sandstein- und Betonarbeiten wohl Material bewegt wird, so ist das doch kein Transport von Baumaterialien. Mindestens ebenso bedenklich wie diese Arbeiten ist aber das Stampfen von Beton, einmal wegen der fürchterlichen An-

strengungen, die es erfordert, und außerdem auch wegen der Umstände, unter denen diese Arbeit auf dem Bau verrichtet wird. Wenn der Regierungspräsident aber, wie er selbst in seinem Entscheid sagt, die „Bewegung von Material“ als Hauptbegründung für die Anwendung der Schutzbestimmung ansieht, dann hätte er ja danach die Beschäftigung einer anderen Arbeiterin beanstanden müssen, die mit Besen und Schaufel Material bewegt und herangebracht. Hier wäre also die Hauptbegründung, Bewegungen von Material, gegeben, trotzdem diese Arbeit wohl nicht so bedenklich ist, als das Stampfen von Beton...

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Die Gewerkschaften auf die überpaunte Lohnsteuer haben jetzt den Erfolg gehabt, daß sich der Reichstag zu einer Ermäßigung der Lohnsteuer entschloß. Die Ermäßigung besteht in einer Erhöhung der steuerfreien Beträge. Vom 1. Januar 1926 an bleiben bei der Lohnsteuer vom Arbeitslohn jährlich 1200 M (monatlich 100 M) steuerfrei, und zwar 720 M als steuerfreier Lohnbetrag, 240 M zur Abgeltung der Werbungskosten und 240 M zur Abgeltung der Sonderleistungen. Außerdem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 10 % des nach Abzug der 1200 M verbleibenden Arbeitslohnes, mindestens aber 120 M für die Ehefrau, 120 M für das erste Kind, 240 M für das zweite Kind, 480 M für das dritte Kind, 720 M für das vierte Kind, je 800 M für das fünfte und jedes folgende Kind.

Wie die deutsche Industrie beherrscht wird.

Während der Inflation saßen die einzelnen Erwerbsgesellschaften in der deutschen Wirtschaft die sogenannten Vorkurs- und Mehrstimmrechtsaktien. Das Wesen dieser Aktien bestand darin, daß sie für wenig Geld in ganz bestimmte Hände kamen. Man wollte damit einer Ueberforderung der deutschen Wirtschaft, einem Aufkaufen wichtiger deutscher Industriezweige durch das Ausland vorbeugen. Das geschah dadurch, daß die Inhaber sogenannter Vorkursaktien ein vielfaches Stimmrecht bekamen und so in der Generalversammlung für jeden Fall die Mehrheit besaßen.

Nach der Inflation ist es in großer und ganzen bei dieser Maßnahme geblieben. Die Vorkursaktien sind noch immer da und geben gewissermaßen die Möglichkeit, weite Teile der deutschen Industrie zu beherrschen. Das Reichsstatistische Amt hat nun eine Statistik darüber veröffentlicht, in welchem Ausmaß der Inhaber der Vorkursaktien in der deutschen Wirtschaft noch greift. Erfaßt wurden 1595 Gesellschaften mit einem Kapital von 11,2 Milliarden Mark. Davon hatten 880 Gesellschaften mit einem Kapital von 2,6 Milliarden Mark Aktien mit bezogenem Stimmrecht ausgegeben. Der einzelnste Betrag für die Aktien mit bezogenem Stimmrecht betrug 148 Millionen Mark, gleich 2,4 % des gesamten Grundkapitals der Gesellschaften. Auf die gesamten Gesellschaften entfallen rund 186 Millionen Stimmen. Von diesen 186 Millionen Stimmen sind aber 71 Millionen Vorkursstimmen, das heißt 38 % der Stimmen fallen auf Mehrstimmrechtsaktien, und in der Praxis werden Gesellschaften mit einem Kapital von 6,3 Milliarden Mark durch ein Vorkursaktienkapital in Höhe von 148 Millionen Mark beherrscht. Diese 148 Millionen Mark Vorkursaktienkapital sind nun durchweg im Besitz eines sehr kleinen eng begrenzenden Finanzoligarchismus und Industrieoligarchismus, die ihre Macht durchweg nicht im Interesse des Volkes und der Wirtschaft gebrauchen.

Der Zustand ist so ungesund, daß hier bald Veränderung geschaffen werden muß. Die Vorkursaktien wurden geschaffen um einer Ueberforderung der deutschen Industrie durch das Ausland vorzubeugen. Jetzt, wo sich die Vorkursaktie infolge der Stabilisierung überlebt hat, wird sie als Mittel mißbraucht, einen überpaunten Kapitalismus in Deutschland im Sattel zu halten.

Welche Macht die Vorkursaktien bedeuten, mag aus folgendem Fall hervorgehen. Die Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch in Osthausen bei Gelsenkirchen gab gesehentlich der Umstellung der Bilanz auf Goldmark Vorkursaktien in Höhe von 2 Millionen Mark heraus. Die Aktionäre konnten diese Vorkursaktien nicht kaufen, so daß zwei Drittel der gesamten Vorkursaktien an den Großaktionär der Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch fielen. Das ist die Mutuelle Mobilien- & Immobilien, eine belgische Firma in Brüssel. Auf die Vorkursaktien der Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch entfallen 150 000 Stimmen. Dieser diese verfügt fast reiflos die belgische Gesellschaft, während das normale Kapital in Höhe von 12 Millionen Mark nur über 120 000 Stimmen insgesamt verfügt. Das ist geradezu ein klassisches Beispiel für den Inhaber der Vorkursaktie und ein durchschlagender Beweis, wie der Kapitalismus heute in Deutschland sich mit Hilfe einer rücksichtslosen Vorkursgebung am Ruder hält.

Wegen Warnung vor Streikbruch kann ein Betriebsratsmitglied nicht entlassen werden.

Gelegenlich eines Streiks der Bauarbeiter des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch in Dortmund machte das Mitglied des Betriebsrates, unter Nollede Karl G e h r e r, einige Bauarbeiter, die dort die Arbeit aufnehmen wollten, auf den Streik und auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise aufmerksam. Er wurde darauf von der Firma sofort entlassen. Solange der Streik besteht, ist die Firma wegen ungeduldfertiger Entlassung. Das Gewerkschaftsgericht hat dem Klagenantrag statt und verwurteilt die Firma zur Wiederbeschäftigung, setzte jedoch die Klagenanfrage so hoch, wie die Firma sofort die Möglichkeit hatte, Benutzung beim Landgericht einzulegen. Die Firma legte Berufung ein und wollte die Berufung mit dem Urteil durchsetzen.

daß sie überhaupt keinen Tarifvertrag abschließen würden, wenn die Gesellen diesem Entwurf nicht zustimmten. Die Baugewerkschaft wandte sich darauf an den Schlichtungsausschuß, der am 14. Oktober teils zugunsten der Meister, teils zugunsten der Glaser entschied. Die Fachgruppe stimmte dem Spruch zu, die Meister lehnten ihn nach langer Bedenkzeit ab. Nach nochmaliger ergebnisloser Verhandlung vor dem Schlichter traten am 16. November die Kollegen bei den drei größten Firmen in den Streik. Die Meister erhoben darauf großes Geschrei und ordneten für den 21. November die Aussperrung aller im Baugewerksbund organisierten Glasergesellen an. Das Ergebnis dieser Anordnung war jedoch sehr kläglich. Nur 4 Glasermeister mit zusammen 12 Gesellen führten die Aussperrung durch. Unsere Kollegen standen um so fester. Auch die vor der Bewegung arbeitslos gewordenen Kollegen, die man mit allen möglichen Mitteln zur Streitarbeit verführen wollte, standen fest, keiner ließ sich überreden. Die Meister aber brachten Mäusergeschichten wie folgende in die Presse:

Die in der Baugewerkschaft organisierten Glasergesellen in Breslau streiken weiter. Selbstverständlich müssen auch die daraufhin von den Meistern ausgesperrten Gesellen streiken. Venerenswert sind die Mittel, mit denen die Streikenden den Kampf um ihre Existenz führen. Bemerkenswert ist, daß der Stundenlohn 92 % beträgt. Die Arbeitswilligen — und deren gibt es eine ganze Menge — werden nicht auf die Bauten gelassen, dafür sorgen die Maurer und die Streikposten. Die Antke-Hoffmann-Werke haben Lokomotiven an das Ausland abgabebereit stehen, nur die Scheiben sind noch einzuliefern. Die arbeitswilligen Glasergesellen, die die Vergütungsarbeiten auszuführen versuchten, werden von einer Maschinerie überfallen und mit Mord und Totschlag bedroht. Mit Wut und Not gelingt es, die Leute hinauszuweisen. Die leidenden Beamten der Antke-Hoffmann-Werke geraten mit ins Gedränge. Als Hilfe kommt, verschwindet auf einen Pfiff, so wie es gekommen, das Heberfallkommando Ein glänzende Leistung der Organisation. Mitten in der Stadt wird von der Straßenbahn ein Lechtung heruntergeholt, den man an dem mitgeführten Glasergesellen als arbeitswilligen Angehörigen des Glaserberufs erkennt. Das Material wird ihm zerhackt und er selbst auch. Ein Rahmenmacher wird in seiner Wohnung von seinem Schwager befehligt. Dieser Schwager ist zwar nicht Glaser, aber um so mehr von Solidaritätsgefühl befeuert. Als es ihm nicht gelingt, den Rahmenmacher zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, beißt er ihm die Wade durch. Seinen Jock hat er erreicht. Der Mann kann die nächsten Tage nicht arbeiten.

Zum Schluß dieser Geschichte, die wir nur zum Teil abgedruckt haben, heißt es: „Da der Streik der Glasergesellen von der Baugewerkschaft organisiert und geleitet wird, und da auf der anderen Seite die Arbeitgeber nicht nur des Glasergewerbes in der Anlegenheit interessiert sind, sind ernste Folgen zu erwarten.“ — Nun, die Folgen sind so furchtbar ernst nicht geworden. Die Wirtschaftskrise wäre wohl auch ohne den Breslauer Glaserkrieg gekommen. Aber man wollte eben die Öffentlichkeit vor den gesottigten Glasergesellen in Angst setzen. Der Schlußsatz zeigt außerdem deutlich, daß auch die Glaser vor dem Baugewerksbund graulich gemacht werden sollten. Trotz aller Schimpereien aber haben sich die Meister doch wieder mit den widerwertigen Gesellen, mit den Mad-fahrerherden, Mördern, Totschlägern und Wadenbeißern zusammenzusetzen müssen, um über den Abschluß des Streiks zu verhandeln. Es kam auch eine Einigung zustande, bei der aber nicht die Wünsche der Glasermeister, sondern die der Gesellen in Erfüllung gingen. Die grundsätzliche Frage des Lebensunterhaltelages wurde in der Weise gelöst, daß für die neunte Stunde 6 % und für die zehnte Stunde 20 % Zuschlag zu zahlen sind. Mordarbeit darf nur in den allerdingsten Fällen und nur im Einvernehmen mit dem Betriebsobmann, im Streikfall im Einvernehmen mit dem Baugewerksbund geleistet werden. So haben die Breslauer Glaser durch 8 Wochen Streik einen starken Erfolg errungen. Der Kampf wurde leichter gewesen und auch seine Nachwehen hätten sich nicht so stark gezeigt, wenn die Glaser selbst organisiert gewesen wären. Die Anorganisierten werden nun auch mal darüber nachdenken müssen, welche erbärmliche Figur sie vor und während des Streiks gemacht haben. Zum Beispiel waren es viele sogenannte Schwarzglaser, die von den Meistern sonst immer als Preisrücker bezeichnet wurden, die aber während der Bewegung den Meistern recht willkommen waren zur Leistung von Streikarbeit. Da ist zum Beispiel der Kleinmeister Bruno Baum und sonstige von der Meistern immer als minderwertige Arbeitskräfte bezeichnete, wie Pachniko, Spira, Stell, Stanelle, Zanoffli, Gubrich und Swolenski, die während des Streiks Mäuserdienste geleistet haben. Daß die Lehrlinge während des Streiks 10, 11 und 12 Stunden arbeiten mußten, ist der Öffentlichkeit schon bekanntgegeben worden; aber weder der Breslauer Magistrat, noch der Herr Regierungspräsident scheinen dagegen irgend etwas einzuwenden zu wollen. Wir werden hierzu noch erneut Stellung nehmen. Die Mitglieder des Baugewerksbundes aber müssen alles daransetzen, um in kurzen jenen noch absetzenden Glaser der Organisation zuzuführen. Das ist nun einmal die unerlässliche Grundlage jedes Gewerkschaftskampfes.

Gosla. Am 5. Dezember fand hier eine gut besuchte Fachgruppenversammlung statt, in der Kollege Leipnig, Dresden, einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften im heutigen Wirtschaftskampf“ hielt. Die Aussprache betonte sich im Sinne des Referates, wobei vor allem die Ausführungen des Redners über die Gründung von Industrieverbänden, hauptsächlich für das Baugewerbe, lebhaft besprochen wurden. Dann sprach Kollege Leipnig über: „Das Tarifwesen im Glasergewerbe“, wobei er auch die Frage „Lohn- oder Akkordarbeit“ ausgiebig behandelte. Die Versammlung brachte auch diesem zweiten Teil das größte Interesse entgegen, zumal durch diese Ausführungen des Redners die allgemeine Verunsicherung des Glasergewerbes den Kollegen einmal ausführlich vorgetragen wurde. Die Aussprache ergab vollste Ein-

verständnis mit den Ausführungen, vor allen Dingen wurde von allen Rednern erklärt, nach wie vor nur im Lohn zu arbeiten und jeden Akkord zu verweigern.

Feuerungs- und Schornsteinmurer.

Die zahlreichen Unfälle, die in der letzten Zeit im „Grundstein“ gemeldet wurden unter denen auch mehrere Todesfälle im Schornsteinbau verzeichnet waren, veranlassen mich, einige Ausführungen zu diesem Thema zu machen. Ist es doch eine feststehende Tatsache, daß in der Unfallstatistik die Schornsteinmurer an zweiter Stelle stehen; sie kommen sofort nach den Arbeitern. Nun sagt ein altes Sprichwort: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“ Unsere Aufgabe muß es daher sein, der Unfallgefahr nach Möglichkeit vorzubeugen. Wir stehe Gefahr, in der wir Schornsteinmurer leben, führt manchen dazu, die Unfallverhütungsvorrichtungen etwas leichter zu nehmen; es dürfte sich sehr empfehlen, daß auf die Regierung ein möglichst großer Druck ausgeübt wird, recht bald Gesetz zu machen mit der Anstellung von Baukontrolloren, unter denen sich auch solche aus den speziellen Berufen befinden müßten, die in der Lage sind, einen Schornstein festigen zu können. Nur diesen wäre die Möglichkeit geboten, fehlerhafte Rüstungen, unangemessene Kaminröhren und sonstige Unfallgefahren zu kennzeichnen und entsprechende Sicherheitsvorrichtungen vorzuschlagen. An sich erfordert unser Beruf gute Kräfte; man denke nur an die schwierigen Arbeiten, wie Höferrichtung, Geraberrichten, Wanderrutlegen, Anlegen von Abgasleitern bei Schornsteinen, die im Betriebe sind. Der ganze Geist muß sich konzentrieren auf die Arbeit und die damit verbundene Gefahr. Wenn bei dem tödlichen Unfall unseres Kollegen Meinhardt, der durch das Ausweichen eines Eisengießens verursacht wurde, von einem Spiel mit Menschenleben gesprochen wurde, so müssen wir uns immer wieder sagen, daß der Baugewerksbund nicht nur dazu da ist, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern auch Leben und Gesundheit der Arbeiterkraft nach Möglichkeit zu schützen. Inwieweit muß auf dieses Ziel hingearbeitet werden. Seit zirka 20 Jahren bin ich im Schornsteinbau beschäftigt; ich darf wohl sagen, daß es von den vielseitigen Arbeiten, die in diesem Berufe vorkommen, wenige sind, die mir nicht unter die Finger kamen. Ich traue mir auch ein Urteil zu über die Maßnahmen, die zur Unfallverhütung am Schornsteinbau erforderlich sind. Als vor etwa 4 Jahren in Hamburg der Kollege Nibb bei von Eiben, Hohenfels, totstürzte, da wurden durch die Gesetzgebung 2 Kollegen aus dem Beruf nach der Unfallstatistik geschickt, die mit einem Baukontrollor und einem Kollegen des Vereinsvorstandes die Unfallursache feststellen sollten. Es wurde festgestellt, daß eine Kammer ausgetreten war. Die Wohnung mußte hier auf das verlassen, was ihr von unseren Kollegen mitgeteilt wurde. Die wenigsten Baukontrolloren sind in der Lage, einen Schornstein zu besichtigen, geschweige denn Vorklänge zur Unfallverhütung zu machen, die auch praktisch durchführbar sind. Zu alledem kommt ja auch noch, daß in den beschriebenen Gegenden Deutschlands die verhältnismäßigsten Arbeitsmehrfachen im Müßbamborhergehen. Die Firma Förster, Hamburg, erklärte sich auf eine Anfrage seinerzeit bereit, das erforderliche Geschick und Leute zur Verfügung zu stellen, um an einem staatlichen Schornstein, im Besonderen einzelner Bauten, der Hauptrolle und Baukontrolloren, die am meisten vorzuziehen sind, die in der Mitte unruhmten mit Müßbamborn, Drahtseilen und Ketten, Säfen, Klammern, sowie auch das sogenannte Palankengestirn in allen Einzelheiten vorzuführen. Aber da nicht der erforderliche Nachdruck vorhanden war, unterließ auch die Vorführung, und so konnte auch nichts Einseitiges geschaffen werden. Jeder wundert sich weiter wie bisher, und die Zahl der Unfälle meißt sich. Hier sollten unsere Kollegen die Führung übernehmen und immer wieder erneut darauf dringen, daß einseitige Sicherheitsvorrichtungen, die auch praktisch durchführbar sind, geschaffen werden. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch erwähnen, daß man bisher bedauerlicherweise noch nichts weiter gehört hat über das Ergebnis der Untersuchungen über den Einsturz des Beton-Schornsteines in Wölflin bei dem 10. Kollegen des Lebens verloren. Näheres hierüber zu erfahren, liegt im allgemeinen Interesse unserer Kollegen; denn nur durch Kenntnis der Umständen können weitere Unfälle verhütet werden.

Holierer.

Subwigshafen. Wir machen darauf aufmerksam, daß am 27. Dezember, vormittags 9½ Uhr, im Lokal von Fischer, Kanalstraße 66, die diesjährige Generalversammlung der Holierer von Ludwigshafen und Umgegend stattfindet. Wir erwarten, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen. Mit frischem Geist hinein ins neue Jahr zu unsern eigenen Bessererzelen!

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Witzburg. Hier tagte am 13. Dezember eine Konferenz der badischen und bayerischen Lehrlingskommissionen der Ofenherren. Die Konferenz sollte sich darüber klar werden, ob es zweckmäßig sei, den im Jahre 1923 von uns gegründeten gemeinsamen Ofenherrentarif für Baden und Bayern wieder einzuführen. Kollege Warlich wies einleitend darauf hin, daß die Möglichkeit bestände, mit den Fabrikanten beider Länder wieder gemeinsam zu verhandeln; denn die bayerischen Fabrikanten ständen wohl ausnahmslos auf diesem Standpunkt, ob dies auf die badischen Fabrikanten auch zuträfe, müsse erst festgestellt werden. Nicht unter allen Umständen sei die Einführung zu erwirken, dazu bedürfe es des einseitigen Willens unserer Kollegen und auch der Fabrikanten. Weiter wurde eine Garantie geschaffen werden, daß durch die Vereinigung beider Tarife die Lohnuntergrenze der Kollegen nicht zu kurz kommen. Am 17. und 18. Dezember 1920 wurde in einem größeren Kreise von Fabrikanten und Kollegen zum ersten Male über einen gemeinsamen Tarif für Süddeutschland beraten und ein dementsprechender Entwurf ausgearbeitet. Dieser wurde dann von beiden Seiten mit schmerzlichen Absichten angenommen, so daß der Vertrag am 1. Januar 1921 in Kraft treten konnte. Nach reichlich zweijährigem Bestehen wurde er jedoch aufgehoben. Die Ofenherren müßten sich nun darüber aussprechen, welche Gründe zur Aufhebung des Vertrages führten, damit bei einer eventuellen

Neueinführung eines solchen Vertrages Bedingungen geschaffen werden können, die beide Teile befriedigen. Nachdem Warlich noch den Schriftwechsel erwähnt, der zu diesem Zweck bisher stattgefunden, äußern sich sämtliche Konferenzteilnehmer in zustimmendem Sinne und wünschen, den früheren gemeinsamen süddeutschen Formentarif wieder einzuführen, jedoch je dabei zu beachten, daß die Unterschiede der Kollegen gewahrt bleiben. — Dann wurde über die überhandnehmende Konkurrenz der böhmischen Ofenindustrie geklagt und verlangt, daß die Organisationsleitung den Versuch mache, diesem Uebelstand entgegen zu treten. Nach Beschaffung des Materials werden wir Weiteres darüber bekanntgeben.

Allgemeine Rundschau.

Submissionsblüten. Die Tiefbauunternehmer sind allen andern über — in der Kunst der Zahlen. Auf dem Bahnhof Frankfurt a. d. O. sollen Beton- und Glaserarbeiten ausgeführt werden. Das Angebot von Paul Gentsch, Züllichau, lautet auf 9857,80 M., während G. Wittke, Breslau, unbedingte 84 607,80 M. haben muß. Zwischen beiden liegen 29 andere Angebote. — Zwischen den neu-märkischen Städten Ziegenzig — Sternberg soll eine Chaussee gebaut werden, für deren Herstellung G. Weermann, Frankfurt a. d. O., 42 904,45 M. verlangt, während Richard Oelmann, Unter-Bindow, es nicht unter 437 895,80 M. machen kann. Dagegen stehen 41 andere Angebote. Oelmann muß für die gleiche Arbeit unbedingte 1000 % mehr haben als Weermann. Das Käseherstellere aber an diesen Berechnungen sind die bis auf 3, 6 oder 9 „errechneten“ Summen, um der Geschichte den Anschein zu geben, wie „peinlich genau“ alles berechnet worden sei. Grober Unfug in der Rechnung!

Arbeiter, Angestellte und Beamte als Weltreisende. In der „Münchener Zeitung“ schrieb nach Abschluß der Sommerferien ein Hotelbesitzer aus Partenkirchen auf Grund einer Umfrage, daß das Fremdenverkehrsgebiet in diesem Jahre ein sehr beachtliches Geschäft gezeitigt hätte. „Die ungläubige Anzahl von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichsbahn, die mit Freizeittagestouren versehen, herumreisen konnte, sowie eine andere Schicht von neuen Touristen, die man früher nicht kannte, die Angestellten und Arbeiter der Industrie, die jetzt den besagten Urlaub haben, geben der Saison das Gepräge. Das frühere Fremdenpublikum, Familien der finanziell besser gestellten Kreise, die die Ferien sonst je nach Umständen, war jedoch vertreten, die wirtschaftliche Lage prägte sich deutlich aus, es wurde gespart.“ „Abermal Käse, wenig Qualität!“ so ruft wehmütig der Hotelbesitzer aus! Und es kommt noch besser. Es wird nämlich von einer „Art Marie“, von einem „Koller“ gesprochen, nach dem Auslande zu reisen. „Selbst einfachste Angestellte“ gingen nach der Schweiz, nach Tirol, nach Italien usw. Also, welche eine Lust, Arbeiter, Angestellter oder Beamter zu sein! Und welche ein Fluch, der Kapitalistenklasse angegehört! So möchte man ausruhen, wenn man die Geschichte des Partenkinderer Hotelbesitzers liest. Die Wahrheit liegt natürlich weitlich anders aus. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben gewiß sehr nötig, sich einmal gründlich von ihrer anstrengenden Arbeit zu erholen. Sie können es aber nicht, weil die Löhne und Gehälter so kläglich niedrig sind, daß sie kaum zum Fröhren des nächsten Lebens ausreichen. So liegt es in Wirklichkeit. Wäre es anders, dann hätten wir heute keine Wirtschaftskrise.

Wie der Staat geschöpft wird. Die in Dortmund erscheinende „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ schrieb kürzlich folgendes: „Schwäbener Landwirte geben im Jahre 1920, als Getreide zur Sicherung der Vorratserhaltung abgekauft werden sollte, einen Fellextreuzer von 12 Doppelzentnern an. Derselben Landwirte machten 1924 zur Begründung der von ihnen gestellten Forderungen für Wertungsschäden einen Ernteverlust von 80 Doppelzentnern auf den Hektar geltend. In anderen Orten ist ähnliches zu beobachten.“ Das Vorgehen der Schwäbener Landwirte ist bezeichnend für die Einstellung in weiten Kreisen der Landwirtschaft. Wenn die Herren etwas für das Allgemeinwohl leisten, sollen, dann kneifen sie, wenn aber der Staat geschöpft werden kann, dann himf sie auf dem Posten. Und das nennen sie dann eine „nationale Tat“!

Ein notleidender Bulle. In der Breslauer „Volksmacht“ wurde vor einiger Zeit berichtet, daß im Sommer dieses Jahres im Breslauer Schlacht- und Viehhof eine Zuchtweibschaffung stattfand, bei der eines der abgestellten Tiere die Verwendung der Besitzer erregte. Es war ein Bulle im starken Alter von einem Jahre mit dem anfänglichen Gewicht von 9 Zentnern. Man möchte das für ungläublich halten, ist aber doch davon überzeugt, wenn man erzählt, daß der Bulle täglich neben seinem Mastfutter 20 Liter und 30 Liter gute Milch erhielt. Und das zu dem einzigen Zwecke, auf der Ausstellung mit dem ersten Preise prämiert zu werden. Und nun stelle man sich das Glendebajen in den minderbemittelten Schichten, besonders der Arbeitslosen und deren Familien vor! Wie gern möchte da die sorgende Mutter den Kindern auch nur eine Tasse Milch oder ein Ei geben. Sie kann es nicht, weil die Mittel dazu fehlen. Die „notleidende“ Landwirtschaft aber ist in der Lage, mit ihren Tieren Mastfuren zu veranstalten, um auf Ausstellungen dafür Ehrenplaketten in Empfang zu nehmen.

Gerechtigkeitsherausfindung gegen einen Toten. Die „Mephisto“, das Wuppertaler Arbeiterblatt, berichtet vor kurzem über einen Vorfall, der charakteristisch ist für den Kulturstand des ungarischen Volksstaates. Die Wuppertaler der „Mephisto“ erhielt vor kurzem eine Vorladung, adressiert an „Herrn Wilhelm Viehmetz“, in der der genannte Herr aufgefordert wird, am 10. September 1925 vor Gericht zu erscheinen. Er wird angeklagt wegen einer Schrift, die vor 50 Jahren von ihm verfaßt wurde und seit etwa 15 Jahren ins Ungarische überetzt, in der betreffenden Wuppertaler zu erhalten war. Der Titel des Buches lautet: „Wissen ist Macht und Macht ist Wissen“ Viehmetz wurde also 25 Jahre nach seinem Tode wegen Aufhebung, Gefährdung der bestehenden Ordnung, Vorderrats usw. verklagt, und zwar wegen Herausgabe einer Vorstufe, die in Deutschland nicht einmal unter dem Sozialistengesetz verboten war. In Ungarn ist eben alles möglich! Es kam

